

## THEMEN AUS DER LETZTEN LANDTAGSSITZUNG:

- Der Windkraftausbau muss endlich zur Chefsache gemacht werden
  - Ein moderner Staat braucht ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht
  - Krankenhausfinanzierung: Versprechen müssen eingehalten werden
  - Wohnen ist ein Grundbedürfnis – und muss bezahlbar sein
- 

Windenergie

# Der Windkraftausbau muss endlich zur Chefsache gemacht werden!

Ein Teil des Problems für den derzeit so schleppend vorankommenden Ausbau der Windkraftanlagen an Land ist die lange Bearbeitungsdauer von Genehmigungsanträgen neuer Anlagen. Deshalb hat die SPD einen Antrag zur letzten Landtagssitzung eingebracht (Drs. 20/479), mit dem wir diesen Zeitraum auf maximal 12 Monate begrenzen wollen. Dazu erklärt der Oppositionsführer und Vorsitzende der SPD-Fraktion, Thomas Losse-Müller:

„Zum Ende der SPD-geführten Küstenkoalition 2017 hatten wir 2.981 Windkraftanlagen im Land. Ende 2021, nach 5 Jahren Jamaika, waren es immer noch 2.981! Mittlerweile hat sich die Welt weiter gedreht. Wie viele Windkraftanlagen stehen jetzt 2022 nach den letzten Berichten des LLUR im Land? 2.985! Das sind gerade einmal 4 mehr!

Die CDU hat sich im Wahlkampf noch sehr für hohe Genehmigungszahlen gerühmt. Und in der Tat: 2021 wurden 218 neue Anlagen genehmigt. Seitdem sind die Zahlen aber wieder dramatisch eingebrochen: Stand Oktober waren es für 2022 nur noch 90 Neugenehmigungen.

Der Windkraftausbau ist der entscheidende Motor der Zukunft Schleswig-Holsteins. Die Landesregierung will das erste klimaneutrale Industrieland werden. Das passiert aber nicht von allein. Um Sieger zu werden, sollte man wenigstens die Vorrunde überstehen. Und die entscheidet sich beim Tempo des Windkraftausbaus! Je mehr Windkraft, desto günstigere Stromrechnungen. Je mehr Windkraft, desto mehr neue grüne Industrie. Je mehr Windkraft, desto bezahlbarer werden Fahrten mit dem E-Auto, mit Zügen und Bussen. Je mehr Windkraft, desto niedriger sind die Heizkosten. Deshalb ist der Ausbau der Windenergie auch ein zentraler Hebel einer sozial gerechten Transformation.

Die schlechte Performance bei dieser zentralen Aufgabe ist dramatisch. Zwischen 2017 und 2022 ist die ausgebauten Leistung in Schleswig-Holstein im Durchschnitt um knapp 120 MW pro Jahr gestiegen. Bei der Ausschreibung im Oktober dieses Jahres gab es immerhin den Zuschlag für 33 Anlagen mit einer Leistung von 170 MW. Das ist aber viel zu wenig, um irgendeines unserer Ziele zu erreichen. Diese Einschätzung hat die SPD übrigens nicht exklusiv. Wir brauchen Tempo und wir brauchen Flächen: Die heutige Windplanung verfehlt bereits



das 2 Prozent Flächenziel und damit die Vorgaben des neuen Windenergie-an-Land-Gesetzes aus Berlin. Laut einer Studie des Fraunhofer IEE sind nur 1,3 % der ausgewiesenen Fläche mit modernen Anlagen bebaubar. Man bekommt den Eindruck, dass Schwarz-Grün es nicht wirklich ernst meint. Die Überarbeitung der Windpläne hat noch nicht mal begonnen. Im Amt für Planfeststellung Energie, das unter anderem den Ausbau der Stromleitungen verantwortet, gibt es weniger Stellen als 2017. Im Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume ist jede 5. Stelle unbesetzt. Da ist es doch keine Überraschung, dass der Bescheid für den Bau einer Windkraftanlage im Moment 16 Monate dauert.

*„Wir brauchen Tempo und wir brauchen Flächen: Die heutige Windplanung verfehlt bereits das 2 Prozent Flächenziel und damit die Vorgaben des neuen Windenergie-an-Land-Gesetzes aus Berlin!“*

Für heute geht es uns um zwei einfache Punkte. Erstens: Die Begrenzung der Bearbeitungsdauer auf maximal 12 Monate. Das muss auf Basis einer ordentlichen Prozessanalyse möglich sein! Und zweitens: Die Umsetzung der Privilegierung der erneuerbaren Energien in der Genehmigungspraxis. Das ist vor allem auch eine Führungs- und Kommunikationsfrage. Und die fängt bei Ihnen an, Herr Günther.

Beim Windkraftausbau entscheidet sich, ob die Erzählung der Landesregierung vom klimaneutralen Industrieland Schleswig-Holstein Substanz hat oder nur Show ist.“

---

Staatsangehörigkeit

## Ein moderner Staat braucht ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht

Deutschland ist ein Einwanderungsland und dazu gehört ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht, das haben wir auf Bundesebene in der Ampel miteinander vereinbart und dieses Ziel werden wir auch gemeinsam erfüllen. Die SPD-Fraktion hat einen Antrag (Drs. 20/498) in den Landtag eingebracht, mit dem wir die Landesregierung auffordern, die geplante Reform des Staatsangehörigkeitsrechts auf Bundesebene zu unterstützen. Dazu erklärt die integrationspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Serpil Midyatli:

„Die Eckpunkte für den Gesetzesentwurf liegen nun vor und es geht in erster Linie um Anerkennung, um Teilhabe und vor allem um Respekt. Konkret bedeutet das weniger Wartezeiten, kein Verzicht auf die alte Staatsbürgerschaft und Sonderregeln für Kinder und Ältere. Die Reform ist längst überfällig!“

Aktuelle Zahlen belegen, dass jährlich ungefähr 100.000-110.000 Menschen sich einbürgern lassen, da hat die Einbürgerungskampagne der vorherigen Regierung auch nicht viel dran geändert. Es gibt ungefähr fünf Millionen erwachsene Menschen in Deutschland, die bereits schon jetzt, ohne die Änderung, die Kriterien für den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft erfüllen. Warum sind sie aber so zurückhaltend, kann man sich jetzt fragen. Einer der Haupt-



gründe ist hierbei, dass die Abgabe ihres bisherigen Passes eine sehr große Hürde darstellt. Und natürlich geht es uns und der Ampel-Regierung nicht darum, eine Einwanderung in die Sozialsysteme zu forcieren, so wie Herr Merz das behauptet hat. Noch schlimmer empfinde ich, dass der CSU Landesgruppen-Chef Alexander Dobrindt dazu sagt, die deutsche Staatsbürgerschaft würde verramscht werden.

Die Debatte um die Staatsangehörigkeit hat den politischen Betrieb im Berliner Regierungsviertel von jetzt auf gleich in die Vergangenheit katapultiert. Es ist wirklich unfassbar, was wir von dort alles lesen müssen.

*„Was jetzt zählt, ist, dass unser heutiges Deutschland, welches bereits seit längerem ein Einwanderungsland ist, auch ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht bekommt!“*

Was jetzt zählt, ist, dass unser heutiges Deutschland, welches bereits seit längerem ein Einwanderungsland ist, auch ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht bekommen. Auf der einen Seite reden wir über Fachkräfte-Zuwanderung, dazu bedarf es ebenfalls eines modernen Staatsangehörigkeitsrechts, denn ein Mensch, der auswandert, um in ein anderes Land einzuziehen, sieht sich natürlich die Kriterien für eine zukünftige Perspektive an.

Abschließend noch ein Hinweis aus meiner persönlichen Geschichte: Ich bin vor 22 Jahren in die SPD eingetreten und der eigentliche Grund dafür war die CDU. Die damalige Debatte um die doppelte Staatsbürgerschaft und die Kampagne der CDU dagegen, hat mich auf dem direkten Weg zur SPD geführt.“

---

Finanzierung Krankenhausbauprojekte

## Krankenhausfinanzierung: Versprechen müssen eingehalten werden!

Die Gesundheitsversorgung ist ein essentieller Teil der Daseinsvorsorge und einfach zu wichtig, als dass sich eine Landesregierung nicht darum kümmert. Vor allem für unser ländlich geprägtes Schleswig-Holstein ist es bedeutsam, dass diese flächendeckend für alle Menschen gewährleistet ist. Nach der Abspaltung des Krankenhausbereichs aus dem Sozialministerium scheint sich in der Landesregierung endgültig niemand mehr zuständig zu fühlen. Krankenhäuser gehen Pleite, Geburtsstationen schließen ersatzlos und Babys werden auf Parkplätzen geboren. Da fragt man sich wirklich, wo da das Machtwort des Ministerpräsidenten bleibt. Das Wegducken der Regierung muss endlich aufhören. Deshalb haben SPD, FDP und SSW gemeinsam eine Aktuelle Stunde zur Krankenhausfinanzierung beantragt. Dazu erklärte die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Beate Raudies:

„Seit 2014 macht Schleswig-Holstein Inventur. Wir machen Inventur bei unserer Infrastruktur und ermitteln, wie hoch unser Sanierungsbedarf ist. Damit hat die Küstenkoalition angefangen, Jamaika hat es fortgeführt und auch Schwarz-Grün ermittelte die Bedarfe. Dieses Verfahren hat sich bewährt, denn damit wissen wir, wo wir stehen, wie hoch unsere Schulden sind und wo noch einzelne Sanierungsbedarfe liegen. Waren es 2019 noch 6,3 Milliarden Euro, so stieg dieser Betrag bis 2021 schon auf 7,5. Darin sind die getischen Sanierungskosten der Landesliegenschaften und viele weitere durch den Klimawandel notwendige Investitionen allerdings noch nicht enthalten.“



ten. Von den 7,5 Milliarden Euro im Jahr 2021 waren 850 Millionen Euro nicht finanziert. Wir haben das schon in der letzten Legislaturperiode kritisiert und sehr deutlich angesprochen. Schon damals haben wir die Finanzministerin nach einer konkreten Antwort dazu gefragt. Die gibt es bis heute nicht! Von diesen 850 Millionen Euro entfallen 628,5 Millionen auf Investitionen in unsere Krankenhäuser. 628,5 Millionen Euro für alle Projekte, die bis Oktober 2021 beim Land bekannt waren. Man braucht nur aktuell auf die Krankenhauslandschaft im Land zu gucken, um festzustellen, dass es da einen riesigen Sanierungsbedarf gibt und es ist unsere Aufgabe als Land, die Investitionen in die Krankenhäuser sicherzustellen.

## *„Seit längerem haben wir keinen genauen Überblick über die geplanten Investitionen!“*

Seit längerem haben wir keinen genauen Überblick über die geplanten Investitionen. Es gibt nach wie vor auch keine klaren Kriterien für die Vergabe von Mitteln.

Teilweise werden Entscheidungen über Förderungen per Ministerentscheid gefällt, manche von ihnen sind womöglich politisch motiviert – wie die Zusage über 50 Millionen Euro für die Sanierung der Imland-Kliniken. Und trotzdem ist da immer noch diese gigantische Lücke von 628,5 Millionen Euro.

In einer Sitzung des Sozialausschusses in diesem September hat der Staatssekretär Grundei zum ersten Mal erzählt, was sich hinter dieser Lücke noch verbirgt: Nämlich mehr als 500 Millionen Euro für sogenannte „strukturverändernde Maßnahmen“. Damit sind zwei äußerst wichtige Projekte für Schleswig-Holstein gemeint. Zum einen ist das der Neubau eines Zentralklinikums im Kreis Pinneberg – im bevölkerungsreichsten Kreis des Landes mit mehr als 300.000 Einwohner\*innen. Zum Zweiten ist es ein Teil-Ersatzbau für die Sana-Kliniken in Lübeck. Bei beiden Projekten steht die Zahl 2030: Bis dahin sollen diese realisiert sein! Wenn man bis dahin tatsächlich noch fertig werden will, ist es jetzt an der Zeit, klare Kante zu machen und diese Projekte auf den Weg zu bringen. Die Lübecker-Kliniken planten vor dem Krieg in der Ukraine und den enorm gestiegenen Baukosten mit 260-300 Millionen Euro. Die Pinneberger-Kliniken planen mit mindestens 500 Millionen Euro. Darüber hat es auch schon Gespräche mit der Landesregierung gegeben. Das ist kein Geheimnis, denn es stand schon in der Zeitung und die Kliniken haben davon auch schon in den entsprechenden Ausschüssen berichtet.

Offenbar hat es auch schon Zusagen über eine grundsätzliche Förderung an beide Kliniken gegeben – das ist jedenfalls das, was wir von den Geschäftsführungen hören. Umso erstaunter waren wir im Sozialausschuss am 8. Dezember. Dann hieß es plötzlich, die Gesundheitsministerin müsse mit der Finanzministerin noch einmal über 500 Millionen Euro nachverhandeln. Was bedeutet das jetzt für die beiden Großprojekte? Gelten Zusagen der Landesregierung auf einmal nicht mehr, nur weil wir eine Neuwahl hatten? Oder was soll sich an der Situation der schleswig-holsteinischen Krankenhausversorgung und am Infrastruktursanierungsbedarf inzwischen geändert haben? Mit so einem Vorgehen richtet diese Landesregierung enormen Schaden an den Krankenhäusern in unserem Land an!

---

Wohnen

## **Wohnen ist ein Grundbedürfnis – und muss bezahlbar sein**

Wir müssen feststellen, dass sich die bereits sehr angespannte Wohnungsmarktlage in Deutschland und in Schleswig-Holstein weiter verschärft. Die, die eine Wohnung haben, sorgen sich, ob sie diese noch halten können. Für diejenigen, die eine Wohnung suchen, wird es zu einer „never ending story“. Deshalb hat die SPD-Fraktion einen Antrag



(Drs. 20/373) mit einem ganzen Bündel an Maßnahmen in den Landtag eingebracht, mit dem wir Mieter\*innen aber auch Vermieter\*innen wirksam entlasten. Dazu erklärt Serpil Midyatlı:

„Einzel� betrachtet stelle ich fest, dass die Problemanalyse zur aktuellen schwierigen Lage am Wohnungsmarkt von allen Fraktionen geteilt wird. Aber – und darauf wird es am Ende ankommen – ziehen wir auch die richtigen und zwingend notwendigen Schritte, um endlich zu einer Entlastung zu kommen?“

## *„In Schleswig-Holstein ist der Mietanstieg der Angebotsmieten überdurchschnittlich hoch!“*

Nach Information des Instituts der deutschen Wirtschaft stiegen die Angebotsmieten im dritten Quartal deutlich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. In Schleswig-Holstein ist der Mietanstieg der Angebotsmieten sogar überdurchschnittlich. Und das nach Jahren, in denen die Mieten schon schneller gestiegen sind, als Löhne und Gehälter. Eine angemessene Wohnung zu finden, die bezahlbar ist und sie dann auch zu halten, gehört schon lange wieder zur sozialen Frage in unserem Land. Es war ein großer Fehler, dass Jamaika die Mietpreisbremse und die Kappungsgrenzenverordnung abgeschafft hat. Wir werden nicht müde dieses weiterhin zu fordern, denn beide Maßnahmen sind notwendig.

Parallel zu den steigenden Mieten geht die Fertigstellung neuer Wohneinheiten kontinuierlich zurück. Die Landesregierung hält nach eigenen Angaben den Neubau von 1.500 Wohnungen öffentlich geförderter Wohnungen pro Jahr für notwendig. Dieses Ziel wurde seit Jahren nicht annähernd erreicht. Schwarz-Grün muss endlich die Umsetzung des Baulandmobilisierungsgesetzes anpacken! Denn neben den fehlenden Baustoffen und den Fachkräften fehlt es an Flächen.

Auch auf Bundesebene haben wir noch Hausaufgaben, um die Mieterinnen und Mieter gut durch den Winter zu bringen. Wir warten... auf Herrn Buschmann von der FDP! Es geht konkret um die Veränderungen im Mietrecht. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die Schonfristen bei Rückständen der Betriebskosten und Indexmieten. Denn der Anstieg des Verbraucherpreisindexes hat nichts mit realen Kostensteigerungen der Vermieter:innen zu tun. Das sehen im Bundesrat mittlerweile nicht mehr nur Hamburg und Bremen, sondern sogar Bayern so.

Mit der größten Wohngeldreform seit mehr als zwei Jahrzehnten werden viele Menschen von den Mietnebenkosten entlastet. Das ist eine große sozialpolitische Leistung der Bundesregierung. Damit aber die Reform wirklich greift, müssen wir nicht nur die Mittel für die Bezieher\*innen zur Verfügung stellen – sondern die Kommunen so ausstatten, dass sie die vielen neuen Anträge überhaupt bearbeitet bekommen. Aber wo ist da die Landesregierung? Sie lässt die Kommunen mit der zusätzlichen Bewältigung der Anträge allein. Die Reform löst zwangsläufig Personalbedarfe bei den Kommunen aus. Diese Bedarfe müssen auch langfristig abgedeckt werden. Hier muss das Land den Kommunen unter die Arme greifen und den zusätzlichen Bedarf auch finanzieren.

Das alte Credo „Bauen-Bauen-Bauen“ ist so simpel wie richtig. Es nützt aber nichts, diesen Glaubenssatz ständig zu wiederholen, ohne ihn mit geeigneten Maßnahmen zu hinterlegen. Wir brauchen eine Fachkräfteinitiative. Wir müssen uns über Standards unterhalten. Nicht alles was möglich ist, was wünschenswert ist, wäre aber hinsichtlich der angestrebten Klimaneutralität sinnvoll.

Wir fordern die Landesregierung dazu auf, die vorgeschlagenen Maßnahmen in ihren Zuständigkeiten aufzugreifen und umzusetzen. Eine bezahlbare angemessene Wohnung ist ein soziales Grundrecht, dazu muss sich dieser Landtag verpflichtet fühlen.“



**FRAKTION  
SCHLESWIG-  
HOLSTEIN**

**Impressum**

Herausgeberin: SPD Landtagsfraktion Schleswig-Holstein  
Pressesprecher: Heimo Zwischenberger  
Layout: Dejan Petrovic

Postfach 7121, 24171 Kiel